

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Marita Hirsch

Ratsmitglied Brigitte Klee

1. Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Prof. Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl

Ratsmitglied Claus Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Gerold Tholen

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

Dezernent

Stadtrat Dr. Jens Gaul

Stadtkämmerer Heiko Hoff

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Werksleitung Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude Oliver Leinert

Stellv. Fachbereichsleiter Zentrale Dienste Hans-Dieter Siehl

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Udo Weiß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs

Protokollführer

Protokollführer Lars Stecker

Es fehlten entschuldigt

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Peter Müller

Ratsmitglied Christine Will

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 8 und 9

C. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 14

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 20.05.2009
- 4 Aktuelle Stunde
- 5.1 Antrag Ratsherr Janssen zum Thema "Verkehrsanbindung und Zugang Hooksierter Strand"
- 6.1.1 Umnutzung von Spielplatzflächen: Kreierei
- 6.1.2 Umnutzung von Spielplätzen: Auricher Straße
- 6.1.3 Bebauungsplan Nr. 134 / 1. Änderung (vorhabenbezogen) Vorhaben- und Erschließungsplan 013 (VEP 013) -Westlich Käthe-Kollwitz-Schule- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- 6.1.4 Stadtumbaugebiet Jadeallee Umgestaltung Jadeallee - Entwurfsbeschluss
- 6.1.5 Sanierungsgebiet westliche Südstadt Änderung der Modernisierungsrichtlinie
- 6.2.1 a) Entgeltvereinbarung Rettungsdienst mit den Kostenträgern
b) Entgeltordnung für den Rettungsdienst
- 6.3.1 Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeoogestraße 4
- 6.3.2 Standort für das zukünftige städtische Gymnasium
- 6.3.3 Vereinbarung mit dem Bischöflich Münsterschem Offizialat
- 6.4.1 Bestellung eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
- 6.5.1 Jahresabschluss GGS 2007
- 6.6.1 Nachbewilligungen zum Haushalt 2009
- 7.1 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zum Thema „Kosten der Unterkunft“

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und informierte über die Unterschriftenübergabe von Frau Kleinwächter vom Schulelternrat des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums im Hinblick auf den Standort für das zukünftige städtische Gymnasium.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Schmidt teilte mit, dass der **Tagesordnungspunkt 6.3.1** „Zusammenlegung der katholischen Grundschule Ansgaristraße und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/2011 im Schulgebäude Oldeoogestraße 4“ abgesetzt worden sei. Bei dem **Tagesordnungspunkt 8.1** handele es sich um keine Vergabe, so dass die Beschlussvorlage nunmehr unter „Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat“ - **TOP 6.6.1** „Nachbewilligungen zum Haushalt 2009“ behandelt werden.

Die Tagesordnung wurde in der geänderter Form festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 20.05.2009

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 20.05.2009 wird genehmigt.

- 4 Aktuelle Stunde

Eine „Aktuelle Stunde“ war nicht beantragt worden.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Prof. Reuter)

5.1 Antrag Ratsherr Janssen zum Thema "Verkehrsanbindung und Zugang Hooksielier Strand"

Herr Janssen trug seinen Antrag vor:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stelle ich folgenden Antrag:

1. WTF und Verkehrsbetriebe werden aufgefordert, für Wilhelmshaven, insbesondere für den Stadtnorden, eine bessere Verkehrsanbindung an den Hooksielier Strand zu organisieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Wangerland in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel eines freien Zugangs für Wilhelmshavener an die Strände des Wangerlandes.

Begründung:

Durch den Verlust des Geniusstrandes gibt es für Wilhelmshavener keinen Zugang zu einem Sandstrand am offenen Meer. Das ist für eine Stadt, die sich auch touristisch aufgestellt hat ein großes Manko und ein Armutszeugnis. Die Wangerländer haben einen freien Zugang zu ihren Stränden erreicht. Das muss in Zukunft auch für Wilhelmshavener möglich sein. Es kann nicht angehen, dass die Bürger Wilhelmshavens, besonders die aus dem Stadtnorden, ihren Strand ohne jede Gegenleistung geopfert haben sollen.“

Der Antrag von Herrn Janssen wurde mehrheitlich abgelehnt.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)

6.1.1 Umnutzung von Spielplatzflächen: Kreierei (Vorl.-Nr. 121/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.06.2009 vor.

Herr Weerda wies darauf hin, dass diese Beschlussvorlage einstimmig durch alle vorherigen Fachausschüsse gegangen sei und begrüßte die Umnutzung der Spielflächen, da auch nach umfangreicher Prüfung durch die Ausschussmitglieder eine Nutzung der Spielplätze nicht zu erkennen sei.

Herr Kempcke ergänzte die Aussage von **Herrn Weerda** und führte aus, dass sich im letzten Jahr ausgiebig mit der Spielplatzsituation in Wilhelmshaven befasst worden sei. Er lobte die gute Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb Straße und Grün und erklärte, dass er persönlich etwa 50 - 60 Mal an diesem Spielplatz vorbei gefahren sei und dort nie Kinder spielen gesehen habe.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Die Spielwiese Nr. 18, Kreierei, wird umgenutzt in Wohnbaufläche.
2. Der Spielplatz Nr. 71, Kreierei-West, wird umgenutzt (entweder der Wohnbaufläche zugeschlagen oder in die vorhandene Grünfläche integriert, jedoch ohne weitere Pflege).
3. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56 wird zur Aufstellung beschlossen.

6.1.2 Umnutzung von Spielplätzen: Auricher Straße (Vorl.-Nr. 122/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.06.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Die Spielwiese „Auricher Straße“ (Nr. 74), ca. 2.600 m², in Altengroden-West wird in Wohnbaufläche umgenutzt.
2. Die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 92 B mit der Zielrichtung eines Wohngebietes (s. Anlage 1) wird zur Aufstellung beschlossen.

6.1.3 Bebauungsplan Nr. 134 / 1. Änderung (vorhabenbezogen) Vorhaben- und Erschließungsplan 013 (VEP 013) -Westlich Käthe-Kollwitz-Schule- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss (Vorl.-Nr. 129/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.06.2009 vor.

Herr Hellwig machte deutlich, dass die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde und bemängelte, dass es kein vernünftiges Verkehrskonzept gäbe und die Innenstadt dadurch weiter geschwächt werde.

Herr Tholen merkte an, dass auch er kein vernünftiges Verkehrskonzept sehe, zudem gäbe es keine Anbindung von Seiten Siebethsburg. Daher werde er der Vorlage nicht zustimme.

Frau Hirsch sah ebenfalls die Gefahr der Schwächung der Innenstadt.

Herr Dr. von Teichman hielt den Ausführungen von Frau Hirsch, Herrn Hellwig und Herrn Tholen entgegen, dass die Ansiedlung keine Konkurrenz für den Innenstadtbereich sei. Man dürfe nicht außer Acht lassen, dass der Investor dafür Sorge trage, dass ein weiterer Schandfleck (Parkhaus Mitscherlichstraße) beseitigt werde. Die Problematik hinsichtlich des Verkehrskonzeptes teile er nicht, da in der Beschlussvorlage ein Verkehrskonzept enthalten sei, welches allerdings „dank der SPD-Fraktion“ keine Anbindung an den Stadtteil Siebethsburg habe.

Zwischen den **Herren Reuter Hellwig, Janssen, Neumann, Tjaden, Biehl, Oberbürgermeister Menzel** und den **Damen Bauermeister und Biester** wurde darauf hin die Vor- und Nachteile der Ansiedlung von Kaufland diskutiert.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Nr. 134 / 1. Änderung (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan 013 (VEP 013) - Westlich Käthe-Kollwitz-Schule - als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-06) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls. Die Begründung in der Fassung vom 25.05.2009 mit den Angaben nach § 2a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. § 9 Abs.8 des Baugesetzbuches beigelegt.

6.1.4 Stadtumbaugebiet Jadeallee: Umgestaltung Jadeallee - Entwurfsbeschluss
(Vorl.-Nr. 134/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.06.2009 vor.

Der Ratsvorsitzende übergab die Sitzungsleitung an Ratsherrn Rech.

Herr Schmidt und **Herr Hellwig** stellten übereinstimmend die Bedeutung dieses Beschlusses zur Umgestaltung der Jadeallee heraus.

Herr Tjaden hielt dem entgegen, dass er zwar die Notwendigkeit der Umgestaltung sähe, aber einzelne Punkte (z.B. Durchstich der Jadeallee bis zum Anton-Dohrn-Weg) müssten aus der Beschlussvorlage gestrichen werden. Er werde daher der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Dr. von Teichman verdeutlichte, dass das Umfeld um das Columbia Hotel verbessert werden müsse. Daher müsse noch umfangreicher über die einzelnen Maßnahmen diskutiert werden.

Nachdem **Herr Rech** den Ratsvorsitz wieder an **Herrn Schmidt** übergeben hatte forderte er, dass der Banter See mit in das Gesamtkonzept eingebunden werden müsse.

Herr Radmer merkte in diesem Zusammenhang an, dass das seit 2003 geforderte Tourismuskonzept immer noch nicht vorliege.

Oberbürgermeister Menzel erklärte abschließend, dass die Gesamtheit des Areals zu betrachten sei und noch eine Menge nichtausgeschöpften Potentials vorhanden sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Dem Entwurf zur Umgestaltung der Jadeallee wird grundsätzlich zugestimmt (Planungsstand 19.05.09).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die erforderlichen Förderanträge zu stellen.

6.1.5 Sanierungsgebiet westliche Südstadt: Änderung der Modernisierungsrichtlinie (Vorl.-Nr. 133/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.06.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die als Anlage beigefügte geänderte Modernisierungsrichtlinie ist Bestandteil des Protokolls.

6.2 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsherr Tjaden)

6.2.1 a) Entgeltvereinbarung Rettungsdienst mit den Kostenträgern
b) Entgeltordnung für den Rettungsdienst (Vorl.-Nr. 132/2009)

Herr Tjaden trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 03.06.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

a) Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) ab dem 01.07.2009 zu.

b) Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 17.06.2009.

6.3 Schulausschuss (Ratsherr Möhle)

6.3.1 Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeogestraße 4 (Vorl.-Nr. 94/2009)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

6.3.2 Standort für das zukünftige städtische Gymnasium (Vorl.-Nr. 127/2009)

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 07.05.2009 vor und legte anschließend die Gründe für die Entscheidung der CDU-Fraktion zur Wahl des Standortes Gymnasium am Mühlenweg dar. Für den Standort sprächen neben der guten Verkehrsanbindung auch die Möglichkeit, ein denkmalgeschütztes Gebäude nach neuesten Kriterien zu sanieren, um dort ein hervorragendes Schulzentrum zu bilden.

In Vertretung von **Frau Will** verlas **Frau Störmer** die Vorteile für die Entscheidung zugunsten des Standortes Gymnasium am Mühlenweg und signalisierte die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Herr Tholen sprach sich für den neuen Standort an der tom-Brok-Str. aus und machte auf die Schwierigkeiten einer barrierefreien Schule in einem denkmalgeschützten Gebäude aufmerksam.

Herr Dr. von Teichman machte deutlich, dass die Bevölkerung im Vorfeld sehr gut über die geplante Zusammenlegung informiert worden sei und erläuterte die Vorteile des Standortes für das Gymnasium am Mühlenweg. Er sehe auch nicht die Problemantik der Umsetzung von Denkmalschutz und modernen lichtdurchfluteten Räumen. Weiterhin sprächen die gute Verkehrsanbindung und die Preiskostennutzung für den Standort Mühlenweg.

Herr Prof. Reuter erklärte, dass aufgrund des demografischen Wandels eine Zusammenlegung von Nöten sei und lobte die gute Vorbereitung und Beteiligung aller Beteiligten und sprach sich für den Standort am Mühlenweg aus.

Herr Biehl ärgerte die Art und Weise, wie in den letzten Tagen mit falschen Aussagen in Leserbriefen in der Wilhelmshavener Zeitung der Rat angegriffen worden sei.

Herr Janssen bat darum, die Einwohnerfragestunde vorzuziehen.

Herr Schmidt stellte fest, dass die Geschäftsordnung einen Vorzug der Einwohnerfragestunde nicht vorsehe.

Herr Stoffers warf ein, dass die Möglichkeit bestünde einen Antrag zu stellen, die Einwohnerfragestunde vorzuziehen. Dieser müsse allerdings einstimmig vom Rat beschlossen werden.

Herr Tjaden stellte den Antrag, die Einwohnerfragestunde vorzuziehen.

Der Antrag von Herr Tjaden wurde einstimmig angenommen.

Herr Schmidt unterbrach daraufhin die Ratssitzung und informierte über den Ablauf der Einwohnerfragestunde.

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde

§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der Ratssitzung

§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates

Frau Kleinwächter vom Schulelternrat des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums bat um Auskunft, warum die Entscheidung über den Standort in die Juni-Sitzung gelegt wurde.

Herr Dr. Graul erklärte, dass die Umsetzung bis zum Herbst 2012 abgeschlossen sein müsse und deshalb bereits nach den Sommerferien begonnen werden müsse.

Frau Kleinwächter fragte nach, warum die Zusammenlegung der Gymnasien erst in den letzten vier Wochen öffentlich behandelt worden sei.

Herr Schmidt stellte klar, dass die Thematik seit mehr als zwei Jahren beraten werde und dies auch der Öffentlichkeit bekannt sei.

Herr Prof. Reuter machte deutlich, dass dieses Thema sowohl durch Medien als auch Ortsverbände frühzeitig an die Öffentlichkeit herangetragen wurde und er könne nicht verstehen, dass dies nicht bis zum Schulelternrat gelangt sei.

Herr Andreas Tönjes erkundigte sich, ob eine Statistik erstellt worden sei, wie die Bevölkerungsstruktur davon beeinflusst werde.

Herr Dr. Graul erklärte, dass sich die Entwicklung wieder mehr in Richtung Stadt bewege und daher der Standort am Mühlenweg die bessere Alternative sei.

Frau Kuhlmann erkundigte sich nach einem alternativen Nachnutzungskonzept für das Gebäude Gymnasium am Mühlenweg.

Herr Dr. Graul erläuterte das Nachnutzungskonzept für das Gymnasium am Mühlenweg und verwies darauf, dass dieses schon ausgiebig in den Fachausschüssen behandelt worden sei.

Frau Kuhlmann bat um Auskunft, warum die BBS I nicht an den Standort am Mühlenweg ziehen.

Herr Dr. Graul erklärte, dass auch bei den Berufsfachschulen eine räumliche Nähe bevorzugt werde und diese mit dem eventuellen Umzug zur tom-Brok-Str. gewährleistet wäre.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen und der Ratsvorsitzende setzte die Ratssitzung mit der Beschlussfassung über den TOP 6.3.2 „Standort für das künftige städtische Gymnasium“ fort.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt als Standort für das zukünftige städtische Gymnasium den Bereich zwischen Mühlenweg, Freiligrathstraße und Schellingstraße.

6.3.3 Vereinbarung mit dem Bischöflich Münsterschem Offizialat (Vorl.-Nr. 135/2009)

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 07.05.2009 vor.

Frau Hirsch lobte die gute Vorarbeit der Verwaltung in dieser Angelegenheit und signalisierte die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Frau Störmer machte deutlich, dass es sich um eine gute Vereinbarung handle und signalisierte ebenfalls die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Herr Neumann fragte nach dem Ergänzungsantrag aus der Schulausschusssitzung.

Herr Möhle erklärte, dass dieser Antrag in der Schulausschusssitzung zurückgezogen worden sei.

Herr Dr. Graul erläuterte die aktuellen Schülerzahlen.

Frau Störmer sprach sich für eine jährliche Prüfung der Schülerzahlen aus.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der Vereinbarung mit dem Bischöflich Münsterschem Offizialat zu.

6.4 Jugendhilfeausschuss (Ratsfrau Gastmann)

6.4.1 Bestellung eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
(Vorl.-Nr. 138/2009)

Frau Ober-Bloibaum trug in Vertretung für Frau Gastmann den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 10.06.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Frau Renate Sopp-Dreyer wird zum beratenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses für den Bereich der Schulen bestellt. Frau Sopp-Dreyer war bisher stellvertretendes Mitglied für die verstorbene Kirsten Trenne. Frau Romy Appelt (Flutstraße 110, 26388 Wilhelmshaven) wird auf Vorschlag der Landesschulbehörde (Außenstelle Wilhelmshaven) in die Funktion der Vertreterin von Frau Sopp-Dreyer bestellt.

6.5 Werksausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Kempcke)

6.5.1 Jahresabschluss GGS 2007 (Vorl.-Nr. 49/2009)

Herr Kempcke trug die Beschlussvorlage des Werksausschusses Grundstück und Gebäude vom 23.04.09 vor und dankte der Geschäftsführung für die gute Zusammenarbeit.

Herr Hellwig lobte ebenfalls die gute Zusammenarbeit zwischen den Prüfern und dem Eigenbetrieb.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zum 31.12.2007 wird gemäß Abschlussprüfung der WIBERA Wirtschaftsberatung AG mit einem Jahresergebnis von 2.753.098,40 € festgestellt. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls der Rechenschaftsbericht festgestellt. Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2007 ist wie folgt zu verwenden:

a. Einstellung in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses 1.764.016,19 €

b. Einstellung in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses 331.175,09 €

c. Abführung an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven (Eigenkapitalverzinsung) 657.907,12 €.

2. Gemäß § 30 der Eigenbetriebsverordnung Niedersachsen wird der Werksleitung Entlastung erteilt.

7 Kleine Anfrage

7.1 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zum Thema „Kosten der Unterkunft“

Herr Janssen bat um Beantwortung folgender Kleiner Anfrage:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stelle ich folgende Kleine Anfrage zu den Kosten der Unterkunft (KdU).

- a) Warum hat die Stadt nicht abgewartet, bis über die Revision entschieden wurde, sondern hat jetzt eine neue Rechnungsmethode erfunden?
- b) Wie ist die Stadt auf die neue Rechnungsmethode gekommen; was ist dafür die Grundlage?
- c) In wieweit folgt die Stadt mit ihrem veränderten Maßstab der Berechnung angemessener Mietkosten (das Dreisäulenmodell) dem Gerichtsurteil des LSG vom 11.12.08?“

Herr Stoffers antwortete wie folgt:

„Bei Beurteilung der eingelegten Revision ist zu berücksichtigen, dass es sich in den vorliegenden Verfahren lediglich um Einzelfallentscheidungen handelt, die rechtliche Aussagen zu eben diesen Fällen treffen. Die vorliegenden Urteile des Landessozialgerichts beinhalten zwar auch in der Begründung generelle Aussagen zu der Rechtmäßigkeit der von der Stadt Wilhelmshaven durchgeführten Berechnung. Daran wird sich die Stadt Wilhelmshaven selbstverständlich orientieren. Die in den ausgeurteilten Einzelfällen ermittelten Miethöchstbeträge sind jedoch nicht zutreffend und damit nicht auf alle laufenden Verfahren generell anwendbar. Die Begründung hierfür werde ich sogleich erläutern.

Frage 1: *„Warum hat die Stadt nicht abgewartet, bis über die Revision entschieden wurde, sondern hat jetzt eine neue Rechnungsmethode erfunden?“*

Antwort:

Zunächst einmal muss betont werden, dass keine neue Rechnungsmethode „erfunden“ wurde; vielmehr ist die bisherige Berechnungsmethode zur Festlegung der angemessenen Kosten der Unterkunft in Wilhelmshaven entsprechend den erstmalig so ausführlich und umfassend in einem Urteil des Landessozialgerichtes Niedersachsen / Bremen festgelegten Erkenntnissen angepasst worden.

Das Landessozialgericht hatte festgestellt, dass die in Wilhelmshaven angewandte Berechnungsmethode – basierend auf Auswertungen von vermietetem und unvermietetem Wohnraum – schlüssig und nachvollziehbar sei. Bei der Festlegung der Miethöchstbeträge selbst hat das Gericht dann im Urteil aber lediglich unvermieteten Wohnraum berücksichtigt, weil das erkennende Gericht hinsichtlich des vermieteten Wohnraums den Umfang der in diesem Verfahren vorgelegten Daten als nicht ausreichend erachtet hat (Einzelfallentscheidung).

Damit werden Mietobergrenzen festgelegt, die nicht die tatsächliche Mietsituation in Wilhelmshaven widerspiegeln und auch nicht den eigenen rechtlichen Feststellungen des Landessozialgerichtes im genannten Urteil entsprechen. Wie vom Landessozialgericht ausdrücklich als zulässig erachtet, sollen die Mietwerte aus freiem und vermietetem Wohnraum auch weiterhin Grundlage unserer Berechnung sein (Dreisäulenmodell).

Verändert wurde lediglich die Methode zur Herausrechnung von besonders preiswerten und besonders teuren Wohnungen.

Hier werden nun entsprechend den Vorgaben in den „Hinweisen zur Erstellung von Mietspiegeln“, herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen, 1/6 der Wohnungen im oberen Preissegment und 1/6 der Wohnungen im unteren Preissegment, heraus gerechnet. Diese Herausrechnung von Wohnraum war nicht Gegenstand des LSG-Urteiles und ist insofern eine Veränderung in der bisherigen Berechnungsmethode.

Da es nach wie vor unklar ist, wann mit einer Entscheidung über die eingelegte Revision gerechnet werden kann, wurden die oben beschriebenen Anpassungen an die Rechtsauffassung des Landessozialgerichts vorgenommen. Dieses ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt notwendig, da die Sozialgerichte der 1. Instanz bei Entscheidungen über die angemessenen Unterkunftskosten in Wilhelmshaven die Beträge aus dem Urteil vom 11.12.2008 anwenden. Dies kann – wie oben bereits ausgeführt – aus unserer Sicht nicht richtig sein. Um nicht in allen Fällen den Instanzenweg beschreiten zu müssen, ist die Berechnungsmethode daher bereits jetzt angepasst worden.

Frage 2: *„Wie ist die Stadt auf die neue Rechnungsmethode gekommen; was ist dafür die Grundlage?“*

Antwort

Siehe Beantwortung zu Frage 1

Frage 3: *„In wieweit folgt die Stadt mit ihrem veränderten Maßstab der Berechnung angemessener Mietkosten (das Dreisäulenmodell) dem Gerichtsurteil des LSG vom 11.12.2008?“*

Antwort

Die Erkenntnisse aus dem Gerichtsurteil sind in die angepasste Berechnungsmethode eingeflossen.“

8.1 Nachbewilligungen zum Haushalt 2009 (Vorl.-Nr. 142/2009)

Frau Glaser trug die Beschlussvorlage des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.06.2009 vor.

Herr Dr. von Teichman erinnerte an die vorzunehmenden Änderungen der Beschlussvorlage, die im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus besprochen worden seien.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die vorgelegten Nachbewilligungen.

Nr.	Produkt / Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	Deckungsvorschlag
1	11.16.00 / 781511	SDW / Zuweisungen und Zuschüsse an verbundene Unternehmen	250.000	Mehreinzahlungen bei 11.17.00 / 682111 – Veräußerung von Grundstücken
2	41.10.01 / 781111	Abwicklung KFG / Investitionszuweisungen an das Land	130.400	Mehreinzahlungen bei 11.17.00 / 688531 – Rückflüsse von Ausleihungen
3	Alle Schulen	Medienausstattung	365.300	Mehreinzahlungen aus dem Konjunkturprogramm II 11.17.00 / 682111 – Veräußerung von Grundstücken

Zu Nr. 1)

Zur Verbesserung der Situation bei den Breitbandinternetanschlüssen („Weiße Flecken“ als unterversorgte Gebiete) wurden im Rahmen des Konjunkturprogramms II Mittel bereitgestellt. Die Förderrichtlinien zum Konjunkturprogramm II sehen vor, dass die Mittel kurzfristig zu investieren sind. Eine Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt ist somit nicht möglich.

Zu Nr. 2)

Laut Bescheid zum Finanzausgleich 2009 sind im Rahmen der Umlage zum Krankenhausfinanzierungsgesetz (KFG) 130.400€ mehr zu zahlen als veranschlagt. Die Auszahlung ist aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung zwingend zu leisten.

Zu Nr. 3) (geänderte Form)

Der Antrag für die Inanspruchnahme der Fördermittel muss bis zum 30.06.2009 gestellt werden. Sollten die beabsichtigten Investitionen nicht getätigt werden, würde die Stadt hinter den Standard des Landes bei der Medienausstattung zurückfallen mit entsprechend negativen pädagogischen Folgen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Stecker
Protokollführer

Dateiname: 9595.13436.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 6/2009
Thema: Sitzungsdatum 17.06.2009
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Ratssaal, ,
Kommentar: erstellt am 11.02.2010
Erstelldatum: 11.02.2010 12:14:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 11.02.2010 12:14:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 11.02.2010 12:14:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 14
Anzahl Wörter: 4.271 (ca.)
Anzahl Zeichen: 26.913 (ca.)